LIBRARY OF CONGRESS JAN 1 2 1937

Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung unserer Zustimmung. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Mittwoch, 23. Dezember	1710

Deutsch-finnische Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen.

Berlin, 22. Dezember. Die seit einigen Wochen in Berlin geführten Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-finnischen Handelsvertrags und des deutsch-finnischen Verrechnungsabkommens sind heute erfolgreich zum Abschluß gebracht worden. Angesichts der günstigen Entwicklung des deutsch-finnischen Handels im abgelaufenen Jahre und des günstigen Kontostandes im Verrechnungswesen ist es möglich gewesen, bei der Verlängerung für das Jahr 1937 eine wesentliche Steigerung des beiderseitigen Warenverkehrs in Aussicht zu nehmen.

Es ist bei dieser Gelegenheit auch gelungen, mit der finnischen Regierung Vereinbarungen über eine bedeutsame Erleichterung der Zollbehandlung für deutsche Kraftfahrzeuge und -teile derselben zu treffen, welche die Einfuhr deutscher Automobile aller Art nach Finnland künftig sehr erleichtern werden.

Keine Gefahr für die Deutschen in Schensi und Kansu.

Berlin, 22. Dezember. Nach hier eingetroffenen Meldungen besteht für die in den Provinzen Schensi und Kansu befindlichen Reichsangehörigen keine unmittelbare Gefahr. Die chinesischen Behörden haben vorsorglich sogeklagt, den Ausländern den notwendigen Schutz zu gewähren und im Notfall für die Evakuierung zu sorgen.

Dr. Richard Bahr †.

Wien, 22. Dezember. In Wien starb im 70. Lebensjahre der volksdeutsche Schriftsteller Dr. Richard Bahr, der sich durch seine zahlreichen, insbesondere in Büchern und reichsdeutschen und österreichischen Zeitungen und Zeitschriften niedergelegten Arbeiten über Fragen des Auslandsdeutschtums einen Namen gemacht hat.

Luft- und Gasschutz in Schweden.

Stockholm, 22. Dezember. Die Leitung des Zivilen Luftschutzverbandes in Schweden hat eine umfangreiche Denkschrift über die Organisation und Durchführung eines staatlichen Luftschutzes ausgearbeitet und sie der Regierung zur weiteren Behandlung überreicht. Zunächst wird darin auf die Notwendigkeit hingewiesen, schon in Friedenszeiten einen staatlichen Luftschutz zu unterhalten und in diesem Sinne die Erlassung entsprechende Gesetzesvorlage einzubringen, in der vor allen Dingen die Schaffung einer staatlichen Luftschutzinspektion und Bereitstellung der erforderlichen Mittel enthalten sein müßte.

In der Denkschrift werden genaue Vorschläge über den Ausbau eines Luft- und Gasschutzes im ganzen Lande und über die Verwendung der notwendigen Gelder gemacht. Als erster Posten werden etwa fünf Millionen Kronen zur Anschaffung der Gasschutzeinrichtungen und Gasschutzausrüstung des im Luftschutz tätigen Personals angesordert. Ferner sollen für die Anlage von Alarmvorrichtungen und für den Bau von Gasschutzräumen den Bezirks- und Gemeindeverwaltungen die erforderlichen Geldmittel durch den Staat zur Verfügung gestellt werden. Die staatliche Luftschutzinspektion soll dem Sozialministerium untergeordnet sein. Die Bevölkerung soll es gemäß erhalten werden, Gasschutzmasken zu erwerben. Desgleichen soll das Personal des Roten Kreuzes eine entsprechende Gasschutzausbildung auf Staatskosten erhalten. Mit besonderem Nachdruck sei für den Bau von Gasschutzräumen in staatlichen Gebäuden, Industriewerken und Mietshäusern zu sorgen.

Die Presse, die seit langem bereits auf den Mangel eines staatlichen Luft- und Gasschutzes in Schweden hinweist, hat sich geschlossen hinter die Forderungen gestellt und deren beschleunigte Behandlung durch die Regierung empfohlen.

Rein flämische Truppenteile gefordert.

Brüssel, 23. Dezember. In der Kammersitzung vom Dienstag, in der der Haushalt des Ministeriums für Landesverteidigung durchberaten wurde, erklärte der nationalflämische Abgeordnete Borginon, der Gesetzentwurf, den die Regierung hinsichtlich des Sprachenstatuts in der Armee eingereicht habe, werde den Forderungen der Flamen nicht gerecht. Den Flamen sei nicht damit gedient, daß sie von Offizieren befehligt würden, die die Muttersprache der Flamen erst erlernen müßten. Sie forderten, daß die Truppenteile, in denen sie dienen müßten, ausschließlich aus Flamen zusammengesetzt seien, und daß insbesondere das Offizierkorps aus flämischen bestehe. Borginon warf den flämischen Ministern der sozialistischen und der katholischen Partei vor, daß sie diesen Gesetzentwurf im Kabinett gebilligt hätten. Die flämischen Nationalisten seien nicht in der Lage, dem Haushalt ihre Zustimmung zu geben, weil die Regierung kein Verständnis für die Flamen habe.

König Georg VI. und Baldwin im Weihnachtsurlaub.

London, 22. Dezember. Ministerpräsident Baldwin trat am Dienstag seinen Weihnachtsurlaub an. Er wird ihn in Worcestershire verbringen. Baldwin beabsichtigt, 14 Tage dort zu bleiben und erst am 5. oder 6. Januar nach London zurückzukehren.

König Georg VI. verließ in Begleitung der Königin, seiner Mutter und seiner beiden Töchter am Dienstag gleichfalls London, um sich nach Sandringham zu begeben, wo er die Weihnachtsferien verbringen wird.

Die englischen Kreuzerwracks werden Luftabwehrschiffe.

London, 22. Dezember. Die britische Regierung unterrichtete am Dienstag die Vereinigten Staaten und Japan amtlich davon, daß sie gemäß Artikel 21 die von dem Ersten Lord der Admiralität am vorigen Donnerstag benannten fünf Kreuzer im Dienste zu behalten wünsche. Die Schiffe würden jedoch nicht als Kreuzer verwandt werden, sondern als Luftabwehrschiffe.

Wie verlautet, werden die fünf überalterten Kreuzer, die die Großbritannien beibehält, Flugzeuge und besondere Luftabwehreinrichtungen erhalten, die sie für diesen Zweck besonders geeignet machen.

Die Beibehaltung der fünf englischen Kreuzer.

London, 22. Dezember. Wie verlautet, hat nunmehr auch die japanische Regierung ihre formelle Zustimmung zur Beibehaltung der überalterten fünf englischen Kreuzer gegeben.

Sitzung des Nichteinmischungs-Unterausschusses.

London, 23. Dezember. Der Unterausschuß des Nichteinmischungsausschusses trat zur Behandlung des gesamten Bereiches der Nichteinmischungsfrage am Dienstag nachmittag in London zusammen und tagte bis in die späten Abendstunden.

Ueber die Sitzung wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

Der Unterausschuß hatte telegraphische Inhaltsangaben der Antworten vorliegen, die von den beiden Parteien in Spanien bezüglich der Einrichtung eines Systems der Ueberwachung zur Durchführung des Nichteinmischungsabkommens übermittelt worden waren. Der Unterausschuß kam überein, daß diese Dokumente dem Hauptausschuß zur Erörterung vorgelegt werden sollen, und zwar in der Sitzung, die am Mittwoch vormittag abgehalten werden soll. Der Unterausschuß kam weiter überein, den Hauptausschuß aufzufordern, den verschiedenen Regierungen einen Bericht über die Einzelheiten des Planes für die Errichtung eines Ueberwachungssystems in Spanien zu übermitteln, den sie von ihren technischen Beratern erhalten hatten.

Der Unterausschuß erhielt Berichte von einer Anzahl Vertreter über die Haltung ihrer Regierungen zu der geplanten Ausdehnung des Nichteinmischungsabkommens, das nicht nur die direkte, sondern auch die indirekte Einmischung umfassen soll, wobei besonders Bezug genommen wurde auf die Frage ausländischer Staatsangehöriger, die in Spanien Dienst im Heere der Regierung tun. Anschließend folgte ein allgemeiner Meinungsaustausch, in dessen Verlauf die Delegierten ankündigten, daß sie ihren Regierungen sofort über die allgemeine Linie der in der Sitzung zum Ausdruck gebrachten Ansichten berichten würden. Der Unterausschuß kam insoweit überein, technische Unterausschüsse einzusetzen, die sofort die verschiedenen Seiten der indirekten Einmischung prüfen sollen, um technische Vorschläge für die Ausdehnung des Abkommens vorzubreiten.

Der Unterausschuß einigte sich dahin, dem Hauptausschuß zu empfehlen, daß dieser den Regierungen einen weiteren Bericht der technischen Berater über die Ueberwachung von Flugzeugen, die auf dem Luftweg nach Spanien gelangen, unterbreiten soll, damit die betroffenen Regierungen dem Ausschuß ihre Bemerkungen hierzu zum möglichst baldigen Zeitpunkt übermitteln.

Der Unterausschuß kam weiter überein, dem Hauptausschuß Vorschläge darüber zu unterbreiten, die darauf abzielen, daß die beteiligten Regierungen eine einheitliche Auslegung der Verpflichtungen geben, die sie durch den Beitritt zum Nichteinmischungsabkommen auf sich genommen haben.

Die nächste Sitzung des Unterausschusses wird am 5. Januar 1937 stattfinden.

Moskau wühlt auch in Holland und Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 22. Dezember. Der „Telegraaf" lenkt die Aufmerksamkeit auf die kommunistische Gefahr in Holland und Niederländisch-Indien. Das Blatt weist darauf hin, daß die berüchtigte P. K. J. (Kommunistische Partei Niederländisch-Indiens) zwar nach den Revolten des Jahres 1927 aufgelöst und verboten worden ist, daß sie aber als illegale Organisation und Sektion der Komintern noch wie vor besteht. Diese unterirdische Partei strebt im Zusammenhang mit der CPN. (Kommunistische Partei der Niederlande), die gleichfalls eine Sektion der Kommunistischen Internationale darstellt, die Errichtung eines „Sowjetindonesiens" an.

Im Jahre 1934 wurde unter Leitung des Kommunisten Roestam in Holland das Auslandsbüro der in Niederländisch-Indien verbotenen PKJ. gegründet. Zweck dieses Büros ist der weitere Ausbau der allgemeinen kommunistischen Organisation in Niederländisch-Indien.

In der letzten Zeit mehren sich Berichte über das Einschmuggeln kommunistischer Hetzschriften in malaischer Sprache nach Niederländisch-Indien. Diese Schriften werden meist als äußerlich völlig unverfängliche „Reklamehefte" bekannter Firmen getarnt. So konnten kürzlich zahlreiche angebliche „Werbeschriften" einer bekannten Waschmittelfabrik beschlagnahmt werden, deren Inhalt lediglich aus kommunistischem Hetzmaterial bestand!

Nach dem Verbot der PKJ. wurde durch aus Niederländisch-Indien geflüchtete eingebrene Kommunisten die „Republikanische Partei Indonesia" (Pari) gegründet. Diese Parteigruppierung verfolgt dieselben weltrevolutionären Absichten wie die PKJ. und hat viele Kommunisten aus Niederländisch-Indien gesammelt. Von der Pari aus werden vor allem die in Holland studierenden jungen Eingeborenen aus Niederländisch-Indien im Sinne Moskaus beeinflußt. Unter Decknamen, so weiß der „Telegraaf" zu berichten, werden diese jungen Leute als Mitglieder der Roten Hilfe oder ähnlicher kommunistischer Verbände eingetragen.

Angesichts dieser dauernden Bedrohung Niederländisch-Indiens durch Moskau fordert der „Telegraaf" energische Abwehrmaßnahmen. Das Blatt schreibt, das Auge Moskaus bleibe auf Niederländisch-Indien gerichtet, auf den verlockenden indischen Archipel mit seiner leicht beeinflußbaren Millionenbevölkerung. Dauernd untergrabe die kommunistische Internationale die Grundlagen der Ruhe und Ordnung in allen kolonialen und halbkolonialen Gebieten. Zwar gestehe viel zur Bekämpfung des Kommunismus durch die Regierung Niederländisch-Indiens, doch sei es nicht genug. Es sei vor allem wichtig, die im Auslande errichteten kommunistischen Zersetzungszentren, deren Tätigkeit sich auf Niederländisch-Indien richte, mit Hilfe internationaler Polizeiaktionen unschädlich zu machen. Völlig unzulässig sei, daß selbst in Holland solche Zersetzungsmittelpunkte bestehen. Gegen einen solchen Zustand müsse die Regierung mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen.

Belgischer Botschaftssekretär in Madrid verschwunden.

London, 22. Dezember. Wie aus Madrid berichtet wird, ist dort der Erste Sekretär der belgischen Botschaft in Madrid, Baron de Borchgrave, auf geheimnisvolle Weise verschwunden. Er verließ die belgische Botschaft am Sonntag, um den sogenannten Stadtbezirk von Tetuan zu besichtigen, der kürzlich mit Bomben belegt worden war. Seitdem hat ihn niemand mehr gesehen.

Stürmische Amnestiegesetz-Beratung der Pariser Kammer.

Paris, 22. Dezember. Die Kammer hat den ganzen Dienstag hindurch den Amnestiegesetzentwurf durchberaten, ohne allerdings zu einem Abschluß zu kommen. Immer wieder übten rechtsgerichtete Abgeordnete scharfe Kritik an der Vorlage. Ihre Abänderungsanträge wurden aber regelmäßig mit einer Volksfrontmehrheit überstimmt.

Interessant ist, daß die Anhänger der Volksfront, ohne es zu merken, bei den gestrigen stürmischen Beratungen einen Paragraphen verabschiedet haben, durch den der Royalistenführer Charles Maurras Straferlaß erhalten würde. Maurras war im Anschluß an die Schlägerei, in der auch der jetzige Ministerpräsident Blum verletzt wurde, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die Abgeordneten hatten angenommen, daß Maurras auf Grund eines Artikels des Strafgesetzbuches verurteilt worden sei, während er tatsächlich auf Grund des Pressegesetzes vom Jahre 1881 verurteilt worden war. Maurras büßt augenblicklich seine Strafe ein, in Pariser Gefängnis ab. In hiesigen Kreisen ist man gespannt, wie sich der Senat zu diesem „Mißverständnis" verhalten wird.

Antonescu von Paris abgefahren.

Paris, 22. Dezember. Der rumänische Außenminister Antonescu hat am Dienstag abend Paris mit dem Orientexpreß verlassen, um nach Bukarest heimzureisen. Am Bahnhof war Außenminister Delbos erschienen, um sich von ihm zu verabschieden.

Die französisch-türkischen Verhandlungen dauern an.

Paris, 22. Dezember. Im französischen Außenministerium wurden am Dienstag zwischen dem französischen Außenminister Delbos und dem türkischen Außenminister Rüschti Aras die Verhandlungen über das Gebiet von Alexandrette weitergeführt.

An der Besprechung nahmen die französischen und türkischen Sachbearbeiter sowie der schwedische Gesandte in Bern, Westmann, als Vertreter des Berichterstatters im Völkerbundsrat teil.

Die Söhne des Ras Kassa hingerichtet.

Rom, 23. Dezember. Bei der im Gebiet von Schoa vorgenommenen systematischen Säuberungsaktion waren die beiden Söhne des Ras Kassa in italienische Gefangenschaft geraten. Beide wurden in Fizze, 100 km südlich von Addis Abeba, hingerichtet.

In unterrichteten italienischen Kreisen wird betont, daß mit dem Tode dieser beiden besonders feindlich eingestellten Abessinenführer der letzte Möglichkeit eines Widerstandes im Schoagebiet zusammengebrochen sei. Bemerkenswert sei, daß auch im Schoagebiet die eingeborene Bevölkerung diese Strafaktion der italienischen Kolonnen tatkräftig unterstützt habe.

Trotzki auf dem Wege nach Mexiko.

Oslo, 23. Dezember. Der norwegische Justizminister bestätigte am Dienstag in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Telegrambureau", daß Trotzki und seine Frau Norwegen verlassen haben, um sich nach Mexiko zu begeben.

Politischer Zusammenstoß in Rumänien.

Bukarest, 22. Dezember. In der Nähe von Kronstadt kam es zu schweren Zusammenstößen politischer Gegner. Nationalgarnisten und Anhänger der Eisernen Garde hatten Stoßtrupps gebildet, die aneinander gerieten. Schließlich waren an den Zusammenstößen fast alle Bewohner der betreffenden Gemeinde beteiligt. Die Gegner gingen schließlich mit Waffen aufeinander los. In dem „Gefecht" gab es viele Schwerverletzte, von denen einige kaum mit dem Leben davon kommen dürften. Die Polizei verhaftete zahlreiche Ruhestörer.

Wangtschihwei bricht Europa-Aufenthalt ab.

Genf, 22. Dezember. Der Vorsitzende des politischen Zentralrates der Kuomintang und frühere Präsident des Vollzugsausschusses der chinesischen Nationalregierung, Wangtschihwei, der sich seit einiger Zeit zu einem Kuraufenthalt in Europa befindet, hat sich am Dienstag in Genua eingeschifft, um auf dringenden Wunsch der Nationalregierung nach Nanking zurückzukehren.

Wang hat durch die chinesische Abordnung in Genf eine Erklärung veröffentlichen lassen, in der er auf die Ereignisse in Sianfu und seine Zudarbeit notwendig gewordene sofortige Rückkehr nach China hinweist.

Früherer Ministerpräsident von Transjordanien gestorben.

London, 22. Dezember. Wie aus Jerusalem gemeldet wird, starb dort der frühere Ministerpräsident von Transjordanien, Hassan Khaled Pascha Abul el Huda.

Steuerfluchtsteuer und Vermögensbeschlagnahme.

Berlin, 22. Dezember. Gegen die nachstehend aufgeführten Steuerpflichtigen ist ein Steuerfluchtsteuer erlassen worden.

Direktorswitwe Frieda Jakobowitz geborene Schoenthal, geboren am 1. 7. 1875, sowie deren Tochter Gertrud Jakobowitz, geboren am 10. 6. 1915, zuletzt wohnhaft in Nürnberg, Gostenhofer Hauptstr. 24, zur Zeit in Amsterdam, wegen Reichsfluchtsteuer von 27 362 RM. vom Finanzamt Nürnberg-Ost.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die oben genannten Steuerpflichtigen, falls sie im Inland betroffen werden, vorläufig festzunehmen und gemäß § 11 Abs. 2 der Reichsfluchtsteuervorschriften unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.